

Alle der vereinigten
 ter-Bereine
 tellung
 24. Mai)
 n Calw ab.
 es werden gebeten,
 zu beschicken.
 h noch möglich.
 Mai 1920.
 Vereinsvorstand des
 och, Calw, Vor-
 Kaufgelegenheit,
 Ausstellungsleitung.

Calmer Tagblatt

Nr. 108.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Spalte 60 Pf. -
 Retikolen 2.-Mk. - Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% - Fernspr. 9.

Dienstag, den 11. Mai 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehgerlohn Mk. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis
 Mk. 8.10 ohne Bestellgeld. - Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

bung.
 Freunde und
 den 15. Mai
 Feier
 in Rutenbach
 mermann,
 schreinermeister
 Schultheiß
 enbach.

tenbürger
 cheln
 e, Krämpfe,
 lepprechen,
 Art
 t bei
 g., Calw

unwachs
 haltflüssig)
 fiabast
 empfiehlt
 R. Hauber.
 uthaltene
 linde
 (er) verkauft.
 gt die Geschäftis-
 Blattes.

verkaufen:
 Rädle,
 50 cm hoch, und
 guterhaltene
 ch joppe,
 lere Größe.
 e Marktstr. 85,
 Stock rechts.
 abelstein.
 e
 erschranke,
 ächenkasten
 2 Gessell
 kaufen
 schler, Schreiner.
 00 qm, 35 mm
 chbaum-
 olz
 d. D.

Am Spa.

Was wird aus der Konferenz in Spa werden? Kommt sie zustande oder nicht? Wird sie bloß verschoben? Was man aus den vielerlei Meldungen herauslesen kann, ist vor allem ein leiser Gegensatz zwischen Frankreich und England, wie er ja schon bei den Verhandlungen in San Remo und noch früher bei den Besprechungen über das sogenannte „Wirtschaftliche Manifest“ zu Tage getreten ist. Man wird indessen nicht schiefsehen, wenn man annimmt, daß auch dieser neue Gegensatz wie die früheren in einer allgemeinen Verbrüderung und mit einem diplomatischen Siege Frankreichs endigen wird. Wie immer bisher wird wohl auch diesmal die französische Gewalt- und Nachpolitik triumphieren. Zunächst scheint die Konferenz einmal verschoben zu werden. Sedenfalls hat, nach einer aus Brüssel datierten Havas-Meldung, der belgische Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten bestätigt, daß die Konferenz in Spa wahrscheinlich verschoben werden wird und daß deshalb auch der Beginn der Internationalen Finanzkonferenz bis Anfang Juli verlegt werden müsse. Wenn die Konferenz nur nicht für immer auf die Looze Wart geschoben wird!

Die Vorbereitungen für Spa.

(W.B.) Paris, 10. Mai. Wie der „Matin“ mitteilt, ist gestern der Ministerpräsident Millerand von der englischen Regierung eingeladen worden, nach England zu kommen, um das Programm für die Konferenz von Spa festzusetzen. — Der Londoner Korrespondent des „Pitt Journal“ meldet, es bestehe eine ausgesprochene Tendenz in London, die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand zu verhindern.

Dasselbe, 10. Mai. „Daily Mail“ meldet aus Paris: Auf der Tagesordnung der Konferenz in Spa wurde auf Antrag Frankreichs die Frage der deutschen Arbeitertransporte für das Wiederbauggebiet und die Aburteilung der auf der Auslieferungstrift stehenden Deutschen gesetzt.

(W.B.) London, 10. Mai. Die Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George in Folkestone wird nicht den Charakter einer Konferenz, sondern nur den einer persönlichen Unterhaltung tragen.

Die Teilnehmer an der Konferenz in Spa.

(W.B.) Amsterdam, 10. Mai. Der „Telegraaf“ meldet aus Brüssel: An der Konferenz in Spa werden Frankreich, England, Italien, Japan und Belgien teilnehmen. Der amerikanische Gesandte wird den Sitzungen beiwohnen, ohne an den Erörterungen teilzunehmen. (Amerika spielt also wieder dieselbe Rolle wie in San Remo. Die Schrift.)

Eine holländische Stimme.

(W.B.) Rotterdam, 10. Mai. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ weist darauf hin, daß Europa gegenwärtig drei oberste Regierungsgremien hat, den Obersten Rat, den Vorkonferenzrat in Paris und den Völkerbundsrat, dessen Einfluß auf die hohe Politik bisher noch gleich null gewesen sei. Wenn Lloyd Georges Erklärung, daß in Spa die deutschen Vertreter als Gleichberechtigte auftreten würden, zuträffe, so würde sich in Spa ein neues Organ der europäischen Politik konstituieren. Die Franzosen beratheten zwar jetzt schon von Lloyd Georges Vorbereitungen etwas abzuhandeln und die Sache so darzustellen, als würde man in Spa die Deutschen nur zu einem Verhör zulassen. Das werde wohl nicht geschehen, da sich die Deutschen anscheinend an Lloyd Georges Wort halten wollen und nur nach Spa gehen würden, wenn sie als Gleichberechtigte zugelassen werden.

Die italienische Außenpolitik.

(W.B.) Mailand, 9. Mai. In der Kammer Sitzung am Samstag wurde über die Außenpolitik Nitti beraten. Der Sozialist Treves betonte, daß das Adriaproblem weder eine italienische noch eine ausschließlich südslawische Frage sei. Nitti wies die Angriffe zurück, daß er dem englischen Ministerpräsidenten in San Remo blödsinnig gefolgt sei. Ferner wies Nitti auf das große Interesse hin, das Italien und ganz Europa an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands haben, damit es die übernommenen Verpflichtungen erfüllen könne.

(W.B.) Rom, 10. Mai. Bei Besprechung von Interpellationen über die auswärtige Politik sagte Ministerpräsident Nitti in der Kammer über die Konferenz in Spa, dieser Konferenz könne große politische Bedeutung zu. Die Alliierten würden dort zu prüfen haben, welche von Deutschland übernommenen Verpflichtungen aufrechterhalten werden sollen. In Bezug auf die Wiedergutmachungen werde man Deutschland Gelegenheit geben, eine runde Summe zu nennen, die von Seiten der Alliierten mit Unparteilichkeit geprüft werden würde. Einem deutschen Verlangen auf Erlassung von Gesetzen und Flugzeugen werden die Alliierten aber nicht entsprechen können. Dagegen würden alle deutschen Wünsche zur Hebung seiner

Produktion wohlwollend und eingehend geprüft werden. Denn ganz Europa habe ein Interesse daran, daß Deutschland wirtschaftlich sich wieder erhole, was aber auch für die anderen besiegten Länder gelte.

Zur näheren Lage.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen.

* Berlin, 11. Mai. Nach der zwischen der deutschen und der holländischen Regierung getroffenen Uebereinkunft sollen, wie verschiedene Morgenblätter mitteilen, 30 500 000 Gulden für den Ankauf von Lebensmitteln in holländisch-Indien ausgegeben werden. Die holländische Regierung verpflichtet sich, 5000 Tonnen Weizen zum Betrag von 1 570 000 Gulden an Deutschland zu verkaufen, ferner 5 400 Tonnen Fleisch zum Preise von 6 750 000 Gulden. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Fertige anzukaufen zum Betrage von 3 500 000 Gulden, Milch- und Milchprodukte zum Betrage von 6 Millionen Gulden, Kaffeebohnen und Kaffeebohnen für 2 660 000 Gulden, Tee für acht Millionen Gulden, Normmelde zu einer Million Gulden.

Ein deutsch-französisches Schiedsgericht.

(W.B.) Paris, 10. Mai. (Havas.) Das im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene deutsch-französische Schiedsgericht für private Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen ist endgültig gebildet worden.

Die Schweiz und der Völkerbund.

(W.B.) Bern, 10. Mai. Am 16. Mai findet in der Schweiz die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund statt. Seit Wochen wird eine große Agitation für und gegen den Beitritt getrieben. Am gestrigen Sonntag wurden im ganzen Lande große Volksversammlungen abgehalten, wobei alle Mitglieder des Bundesrats in verschiedenen Orten Neben zu Gunsten des Beitritts hielten. Geschlossen ist die Gegnerschaft bei den Führern der sozialistischen Partei. Die Gegner wünschen grundsätzlich eine Völkerbundvereinigung, aber auf einer anderen Grundlage als der derzeitige Völkerbundsvertrag.

Der unzureichende Völkerbund.

* Frankfurt a. M., 10. Mai. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Der New Yorker Staatskonvent befürwortet die allgemeine Abrüstung und erklärt den Völkerbund als unzureichend zur Erhaltung des Weltfriedens.

Gegen die Schwarzengreuel im besetzten Gebiet.

dek. Der Gesamtverband des Evangelischen Bundes hat auf seiner Potsdamer Tagung vom 5. Mai, nachdem Vertreter aus den besetzten Gebieten das Wort genommen hatten, folgende Kundgebung einstimmig beschlossen:

„Die besetzten Gebiete Deutschlands setzen unter der Schmach und dem Schrecken der farbigen französischen Truppen. Das afrikanische Eingeborenenheer mit seiner in Unkultur begründeten ferozesten Verdrängungspolitik ist eine ungeheure Gefahr, insbesondere für die deutschen Mädchen und Frauen. Nach unwiderprochenen Nachrichten sind zahlreiche entsetzliche Vergewaltigungen, Entehrungen und Morde vorgekommen. Oeffentliche Häuser sind den deutschen Gemeinden aufgezwungen worden. Das Ansehen der weißen Rasse bleibt geschändet und geschädigt, wenn nicht Abhilfe kommt. Bis weit ins Ausland, selbst in das feindliche hinein, haben diese Greuel, die nach Meinung des englischen Schriftstellers Morel im „Daily Herald“ „mit Vorbedacht“ im Namen des Versailles Friedens gesehen, Entsetzen und Entrüstung hervorgerufen. Sie fallen nicht bloß Frankreich, sondern der ganzen Entente zur Last.“

Die schwere sittliche Not, in die die deutsche Bevölkerung der besetzten Gebiete durch die Besetzungen und andere in ihrem Gefolge eingezogenen zügellosen Elemente geraten ist, lastet schwer auf der Seele der deutschen Heimat. Die von 41 Hauptvereinen besetzte Gesamtvorstandsbühnung des Evangelischen Bundes in Potsdam appelliert im Namen von 400 000 Mitgliedern an das Gewissen aller christlich und sittlich empfindenden Männer und Frauen im Inland und Ausland. Sie weist hin auf die furchtbaren Folgen, die für die gesamte Kulturwelt und Christenheit aus der weiteren Verwendung farbiger Truppen und der Schändung von Menschenehre und Menschenwürde im besetzten Gebiet entstehen müssen. Sie ersucht die deutsche Reichsregierung, daß sie mit allen Mitteln die Zurückführung der farbigen Truppen aus den besetzten Gebieten fordert und alle Greuel, die zu ihrer Kenntnis gekommen sind, der ganzen Welt unterbreitet werden, um die besetzten Gebiete wenigstens von der schändlichsten Verflawung zu befreien, die über sie verhängt ist.“

Wird Frankfurt geräumt?

* Berlin, 11. Mai. Zur Frage: „Wird Frankfurt geräumt?“ schreibt man dem „Berl. Lokalan.“ aus Weidensfeld: Man täuscht sich im besetzten Gebiet keinen Augenblick darüber, daß die Franzosen gutwillig oder auf Grund einer Rechtslage sich nicht aus

dem Raingau zurückziehen werden, es sei denn, daß von bundesgenössischer Seite, vielleicht England im Verein mit Italien, ein gefinder Druck ausgeübt wird. Aber auch das ist nach dem erfolglosen Protest Englands gegen den Vormarsch eine recht schwache Aussicht geworden.

Der polnische Generalkrieg in Oberschlesien.

(W.B.) Weiden, 10. Mai. Ueber den heute eingesetzten polnischen Generalkrieg erfahren wir von zuständiger Seite, daß im ober-schlesischen Zentralkohlenlager die Zahl der Ausständigen 50 bis 60 Prozent, im übrigen 60 bis 70 Prozent beträgt. Die deutschen und deutschgesinnten Arbeiter erschienen vollständig zur Arbeit.

Aus dem westpreussischen Abstimmungsgebiet.

* Berlin, 11. Mai. Der „Berl. Lokalan.“ meldet aus Danzig: Seit einigen Wochen mehren sich im westpreussischen Abstimmungsgebiet die polnischen Kontraktoren, die berechtigt sind, alle Akten einzusehen. Sie haben auch das Recht, gegen einzelne Verordnungen der Landräte ihr Veto einzulegen. In diesem Falle steht der alliierten Kommission das Recht der endgültigen Entscheidung zu.

Der türkische Friedensvertrag.

(W.B.) London, 9. Mai. „Welsh Dispatch“ meldet aus Konstantinopel, daß der Sultan, der Kronprinz und die Regierung für den Fall, daß die Türkei durch den Friedensvertrag Thrazien und Smyrna verliert, mit ihrem Rücktritt gedroht haben. (W.B.) Paris, 9. Mai. Reuter meldet: Die Vorkonferenz hat beschlossen, den türkischen Delegierten einen Monat Zeit zur Beantwortung des Vertrages zu gewähren, der ihnen am 11. Mai übergeben wird.

Ein türkisch-russischer Militärvertrag?

(W.B.) London, 10. Mai. Wie die „Times“ meldet, wurde zwischen Sowjetrußland und den türkischen Nationalisten ein Militärvertrag für den Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen, nach dem sich die türkischen Nationalisten verpflichten, nicht in eine Verminderung der türkischen Souveränität einzuwilligen, während Sowjetrußland die Verpflichtung übernimmt, den Türken im Falle eines Angriffs der Alliierten beizustehen.

Der Vormarsch der türkischen Nationalisten.

(W.B.) Paris, 10. Mai. Havas berichtet aus Konstantinopel, daß die nationalistischen Truppen ihren Vormarsch auf Bisha mit Verärgerungen fortsetzen. Sie besetzen Wp saghi und bedrohen jetzt die Dardanellenhäfen, sowie Tchanak, wo englische Truppen liegen. Ferner besetzen sie Panderma, wo sie eine Batterie schwerer Geschütze eingebaut haben sollen. (Der Führer der nationalistischen Bewegung in der Türkei ist Mustafa Kemal Pascha. D. Schrift.)

Die Franzosen in Palästina.

(W.B.) London, 9. Mai. „Welsh Dispatch“ meldet aus Jerusalem: 4000 Araber mit 21 Maschinengewehren und zwei Geschützen haben die Franzosen im Bannjas-Distrikt angegriffen. Die Franzosen standen einer zehnfachen Uebermacht gegenüber. Die Verluste auf beiden Seiten sind schwer.

Ausland.

Präsidentenwahl in der Tschechoslowakei.

(W.B.) Prag, 10. Mai. Laut „Bohemia“ wird Präsident Masarik nach der Eröffnung des Parlaments zurücktreten, damit die verfassungsmäßige Wahl des neuen Präsidenten der Republik vorgenommen werden kann.

Tschechisch-polnische Zusammenstöße.

* Wien, 10. Mai. Nach Blättermeldungen aus Mährisch-Osterau fanden dort Zusammenstöße zwischen tschechischen Bergarbeitern und polnischen Gendarmen statt, wobei es auf beiden Seiten Tote gab. Französische und italienische Truppen mußten eingreifen. Auch in Jablacz bei Oberberg kam es zu Zusammenstößen zwischen polnischen und tschechischen Arbeitern, wobei Militäreingreifen mußte. Fünf Personen wurden durch Schüsse schwer verletzt.

Slovakische Unabhängigkeitsbestrebungen.

(W.B.) Budapest, 10. Mai. Gestern fand unter massenhafter Beteiligung von Slovaken von Budapest und Umgebung eine Protestversammlung der slowakischen Unabhängigkeitspartei gegen den Friedensvertrag statt. Der Führer der Partei, Dr. Karl Bulkeza, erklärte ebenso wie die übrigen Redner die Befreiung der Slovaken vom tschechischen Joch für notwendig. Die Versammlung beschloß eine Resolution, worin eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der Slowakei verlangt wird. Die Resolution wurde den Entente-mächten zugestellt.

Die Ausstandsbewegung in Frankreich.

(W.B.) Paris, 10. Mai. Nach den heute vormittag bei der Polizeipräfectur eingegangenen Nachrichten ist das gesamte Personal

der Untergrundbahn zur Arbeit erschienen, so daß der Verkehr vollständig normal durchgeführt werden kann. Auf der Nord-Süd-Bahn läuft der Verkehr ebenfalls normal. Der Dienst der Straßenbahn und der Autobusse kann auf allen Linien aufrecht erhalten werden. — Savas verbreitet folgende Meldung über den Streik: Die Bauarbeiter in Bordeaux, die Hafenarbeiter in Marseille, die Straßenbahnangestellten in Lille und Lyon, die Hafenarbeiter in Grenoble beschloßen, der Streikparade Folge zu leisten. Die Gruppe der Metallarbeiter des Norddepartements, sowie der Städte Lille, Arras, Valenciennes, Cambrai, Roubaix, Dunkirchen usw. beschloßen, heute vormittag die Arbeit einzustellen. In St. Etienne haben sämtliche Gewerkschaften den Generastreik beschloßen.

Die Japaner in Ostibirien.

(W.B.) Peking, 10. Mai. Reuter. Nach einer Charbiner Meldung wird halbamtlich berichtet: In den letzten Tagen haben die Japaner insgesamt 9 Wagonladungen mit Gewehren und 8 Wagonladungen Munition nach Charbin in Richtung nach Sibirien befördert. Ferner wird gemeldet, daß die 3., die 13. und die 14. japanische Division in Zivilkleidung nach Sibirien abgegangen sind.

Kreditgewährung für China.

(W.B.) Tokio, 10. Mai. (Savas) Zwischen Frankreich, Japan, Großbritannien und den Ver. Staaten ist ein Abkommen über die Gründung eines Bankkonföderations zur Kreditgewährung an China abgeschlossen worden. Das Konföderation hat sich am 4. Mai endgültig gebildet.

Die Revolution in Mexiko.

(W.B.) El Paso, 10. Mai. Der Kommandant der mexikanischen Bundesstruppen General Marquisa Carcanjestos meldet, daß vor seinem Wegzug von Mexiko die im Militärgefängnis von Santiago untergebrachten politischen Gefangenen massenweise niedergemetzelt wurden. Unter den Getöteten sollen sich 15 Generäle befinden.

Vermischtes.

Die Not der Presse.

ml. Der ausländischen Presse geht es nicht viel besser als den deutschen Zeitungen. So haben sich die französischen Blätter angeichts der immer größer werdenden Papiernot genötigt gesehen, den Verkaufspreis der Einzelnummer auf 15 Centimes zu erhöhen. Die Pariser „Humanité“ erbringt bei dieser Gelegenheit durch die Veröffentlichung eines ebenso umfangreichen wie überzeugenden Ziffernmaterials den Beweis, daß die Beibehaltung der bisherigen Verkaufspreise für die Zeitungen eine starke Unterbilanz zur unabwendbaren Folge haben müßte. Und nicht besser als in der alten Welt steht es um die amerikanische Presse. Auch in den Vereinigten Staaten haben die Knappheit und die Teuerung des Papiers eine Erhöhung der Verkaufspreise nötig gemacht. So die Papierknappheit hat hier sogar bereits einen solchen Grad erreicht, daß die Regierung binnen kurzem genötigt sein dürfte, die offizielle Veröffentlichung der täglichen Sitzungsberichte des Kongresses einzustellen.

Amerikas Bedarf an ungelerten Arbeitern.

ml. Im Widerspruch zu der Ansicht, die verschiedene Beamte des amerikanischen Einwanderungsamtes vertreten, kommt der „Interracial Council“ zu der Feststellung, daß die Industrie der Vereinigten Staaten 4 bis 5 Millionen Arbeiter nötig hat, um ihre Produktion auf der Höhe zu halten. Nach der Meinung des Präsidenten des „Council“, William S. Burr, erklärt sich dieser fühlbare Arbeitermangel aus dem Stöcken der Einwanderung während des Krieges. Diese Behauptung des Präsidenten erhält durch die Statistik des Auswanderungsamtes eine starke Stütze, da diese Statistik klar beweist, daß die Ziffer der Einwanderung nach Amerika durch die der Auswanderung stark übertroffen wird. Außer diesem Mißverhältnis zwischen Ein- und Auswanderung, so erklärt der Präsident, ist der Arbeitermangel der Industrie insbesondere auch auf die Einführung des Achtstunden-Tages zurückzuführen. Im Bergbau, im Transportwesen und in anderen Industriezweigen sind annähernd acht Millionen im Ausland geborener Tagelöhner beschäftigt. Die Einführung des Achtstunden-Tages hat einen Verlust an Produktionsstunden zur Folge gehabt, der die Arbeitsleistung von 1 bis 2 Millionen ausländischer Arbeiter darstellt. Nach den Mitteilungen der Industrie ist es ihnen zumeist unmöglich, Arbeitskräfte zu finden, was einen fortgesetzten Rückgang der Erzeugung zur unausbleiblichen Folge hat. Die offiziellen Ziffern der Ein- und Auswanderung geben aber auch schon deshalb kein klares Bild der Arbeitslage, weil sie sich auf den Ziffern der Panikjahre 1907 und 1908 aufbauen, in denen die Auswanderung eine ganz abnorme Höhe erreicht hatte. Zudem läßt auch die offizielle Statistik die Frage unberücksichtigt, wie viele von den eingewanderten Ausländern in die Industrie und wieviele in die Landwirtschaft abwanderten, und weiterhin bleibt noch der wichtige Umstand außer Betracht, daß an der jüngsten Auswanderung in der Hauptsache arbeitsfähige männliche Arbeiter beteiligt sind, während sich die Zahl der Einwanderer überwiegend aus Frauen und Kindern zusammensetzt. Nach den statistischen Ausweisen haben in den 12 Monaten nach dem Abschluß des Waffenstillstands 214 421 Personen die Vereinigten Staaten verlassen, während 201 475 Personen angekommen sind. Davon entfielen auf technisch gebildete Industriearbeiter und Handwerker 109 028 Angekommene und 43 325 Ausgewanderte. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den ungelerten Arbeitern, die in Amerika einwandern oder aus Amerika auswandern. Für diese welsen die offiziellen Listen 68 790 Einwanderer, dagegen aber 166 925 Auswanderer aus. Unter den eingewanderten ungelerten Arbeitern weißer Rasse waren übrigens 38 000 Mexikaner, die ausschließlich die Arbeitsmärkte von drei Südstaaten besafeten. Bleibt man diese Mexikaner von der Gesamtsumme ab, so bleiben 30 000 ungelerte Arbeiter, die mit ihren Familien in den 12 Monaten nach dem Waffenstillstand eingewandert sind. Danach sind in der Zeit vom November 1918 bis Oktober 1919 annähernd fünfmal soviel ungelerte Arbeiter aus den Vereinigten Staaten ausgewandert, wie eingewandert sind. Angesichts des Fehlens von offiziellen Unterlagen, die eine genaue Feststellung der Ausdehnung des Bedarfs an ungelerten Arbeitern gestatten, sieht sich der „Interracial Council“ darauf angewiesen, diesen Bedarf

Schätzungsweise zu berechnen. Er kommt dabei zu der Zahl von 4 bis 5 Millionen fehlender Arbeiter, die durch Einwanderung gedeckt werden muß, und der Präsident Burr versichert, daß die Schätzung auf einem gewissenhaften Studium der Verhältnisse und der bei den Industriellen der Vereinigten Staaten veranfaßelten Umfragen beruht.

Deutschland.

Eine Besprechung der Ernährungsminister.

* Berlin, 11. Mai. Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, treten am Sonnabend dieser Woche unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Hermes die Ernährungsminister der Länder zu Besprechungen über das neue Getreidejahr in Berlin zusammen. Es handelt sich um die Sicherstellung des Getreides und der Kartoffeln. Bayern wird, wie verlautet, unter keinen Umständen die Kartoffeln und das Getreide der Zwangswirtschaft entziehen lassen.

Die Wahlpforte der Zentrumspartei.

* Berlin, 11. Mai. In der „Germania“ werden Richtlinien für die Zentrumswahlagitation aufgestellt. Der zukünftige Reichstag, heißt es in dem Artikel, darf keine sozialdemokratische Mehrheit haben. Die Gefahr einer einseitigen Klassenherrschaft werde mit ihr heraufbeschworen. Die Hauptgefahr der sozialdemokratischen Mehrheit drohe von den Unabhängigen. Zwar werden sie nicht allein die Majorität erzielen können, wohl aber liegt die Möglichkeit vor, daß sie durch den zu erwartenden Zuwachs mit den anderen sozialdemokratischen Parteien zusammen diese Mehrheit zustande bringen könnten. — Gegen die Deutsch-Nationalen werde das Zentrum einen energischen Kampf führen müssen. Von ihnen gelte nahezu das gleiche wie von den Unabhängigen. Ihr Ziel sei die Errichtung einer einseitigen Herrschaft, unter der das Reich nicht gedeihen könne. Das erste Ziel der Wahlarbeit müsse sein, das Zentrum so stark wie möglich zu machen. Keine Zerspaltung, sondern ein geschlossenes, aktionsfähiges, starkes Zentrum müsse die Parole sein.

Der Bankbeamtenstreik.

(W.B.) Essen, 10. Mai. Am 12. Mai findet in Berlin eine Sitzung des Reichsverbandes der Bankkaufleute statt, in der zu den Forderungen der Beamteten Stellung genommen werden wird.

Die deutschen Verluste im Weltkrieg.

Eine genaue ziffernmäßige Darstellung über die Gesamtverluste des deutschen Heeres während des Weltkrieges ist von amtswegen bisher noch nicht bekannt gegeben worden. Die „Sozialhygienischen Mitteilungen“ veröffentlichen nun die Ergebnisse der Untersuchungen des Sanitätsstatistikers Oberstabsarzt Prof. Dr. Schwiennig auf diesem Gebiet. Hiernach waren insgesamt über 10,9 Millionen Mann zum Kriegsdienst eingezogen. Von ihnen sind 13,8 % gefallen und 1,4 % an Krankheiten gestorben; 33,5 % wurden verwundet, 9,1 Prozent waren vermisst. Bei einer Einstellung nach dem Dienstgrad ergibt sich, daß die Offiziere keine wesentlich geringeren Opfer gebracht haben, als die Unteroffiziere und Mannschaften — im Gegenteil, ihre Todesfälle infolge Waffengewalt übertrafen diejenigen der unteren Klassen um mehrere Prozent. Bemerkenswert ist ferner, daß alle bundesstaatlichen Truppenkontingente (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg) entsprechend den jeweiligen Zahlen der wehrpflichtigen Bevölkerung in den einzelnen Staaten mit fast gleichen Verlusten beteiligt sind.

Deutsche Auswanderung nach Argentinien.

Nach Mitteilung des Reichswanderungsamtes in der Mainumer des „Nachrichtenblattes“ beläuft sich die Zahl der im Jahre 1919 in Argentinien gelandeten deutschen Auswanderer auf 2246. Dabei sind die Reisenden in der ersten Schiffsabfuhr nicht mitgerechnet.

Zur Reichstags- und Landtagswahl.

Parteitag der Sozialdemokratie Württembergs.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Mai. Zum sozialdemokratischen Parteitag waren 240 Delegierte aus 60 Bezirken erschienen. Anwesend waren sieben Mitglieder des Landesvorstandes, 5 des Landesauschusses, 3 der württembergischen Regierung, 1 der Reichsregierung, 6 der Nationalversammlung, 37 des Landtags und 7 Vertreter der Parteipresse. Der Landesvorsitzende Friedrich Fischer hat sein Amt niedergelegt. An seiner Stelle ist Otto Steinmeyer gewählt worden. Der Landesvorstand besteht aus Keil, Frau Hiller, Harsh, Denker, Krümer, Fülllein, Emert, Kesper und Oster. Als Reichstagskandidaten wurden folgende aufgestellt: 1. Wilhelm Keil-Ludwigsburg, 2. Karl Hildenbrand-Berlin, 3. Franz Feuerstein-Stuttgart, 4. Laura Schradin-Neulingen, 5. Gottlieb Kemngott-Göppingen, 6. Albert Salm-Stuttgart-Wangen, 7. Alexander Schilde-Stuttgart, 8. Friedrich Hertlinger-Ulm, 9. Erich Rogmann-Stuttgart, 10. Mattias Frey-Göppingen, 11. Anton Eisele-Göppingen-Donau, 12. Otto Hosenhien-Lorch, 13. Karl Ruggaber-Ulm, 14. Albert Bauer-Schramberg, 15. Karl Münch-Schelllingen. Für die Landtagswahlen sind noch nicht alle Kreise mit Kandidaten besetzt. An der Spitze stehen bis jetzt folgende Namen: für Göttingen-Cannstatt: Mehger-Neulingen; für Stuttgart-Ulm-Leonberg: Pflüger; für Ludwigsburg-Narbach: Keil; für Besigheim-Bradenheim-Maulbronn-Balingen: Speck; für Heilbronn-Neckarjura: Ulrich; für Heilbronn-Königsau-Weinsberg: ebenfalls Ulrich; für Kalen-Elwangen-Neresheim: Leuer-Kalen; für Nürtingen-Kirchheim-Urach: Oster; für Neulingen-Münchingen: Kurz; für Calw-Ragold-Neuenbürg: Steinmeyer; für Freudenstadt-Sulz-Oberndorf: Bauer; für Rottweil-Spaichingen-Tuttlingen: Eggert; für Ulm-Heidenheim: Göhring. Unbesetzt blieben zunächst die oberwälbischen Bezirke Schöningen-Maulbeuren-Laupheim, Wiberach-Saigau-Niedlingen, Ravensburg-Lettmann und Waldsee-Deullich-Wangen. Offen sind auch noch Crailsheim-Verabronn-Mergentheim, Badnang-Gaildorf-Waiblingen, Omünd-Schorndorf-Weßheim und Ulbingen-Verrenberg-Wöblingen. In letzterem Bezirk wird vermutlich Heumann kandidieren, der zuerst für Neulingen-Münchingen in Aussicht genommen war. Daß Balingen-Rottenburg-Norb noch offen ist, ist zu verwundern, denn dort ist Mattutat sozusagen zu Hause. Göppingen-Geislingen ist ebenfalls noch offen, was wohl mit der schweren Erkrankung Pres-

marz zusammenhängt. Zur Besetzung der offenen Bezirke ist eine Kommission aufgestellt.

Reichstagskandidaten der Bürgerpartei.

Für die Reichstagswahl stellt die würtl. Bürgerpartei folgende Bewerberliste auf: 1. Oberamtmann Bazzille-Stuttgart, 2. Fabrikant Dr. Wendler-Neulingen, 3. Schreinermeister Siller-Ludwigsburg, 4. Frau Pfarrer Giese-Stuttgart.

Kandidatenliste der U. S. P.

Die U. S. P. Württembergs hat zur Reichstagswahl folgende Kandidaten aufgestellt: Crispin-Berlin, Kemmle-Stuttgart, Anna Ziegler-Heilbronn, Engelhardt-Cannstatt, Kinkel-Göppingen, Müller-Ravensburg, Fischer-Göttingen, Erlensbuch-Badnang, Hauser-Schwenningen, Sophie Döring-Stuttgart, Mayer-Heidenheim, Schwan-Heilbronn, Schneck-Stuttgart, Hofsta-Cannstatt, Braun-Friedrichshafen, Kern-Weitingen, Jäde-Göttingen, Hüb-Stuttgart, Lehmann-Königsau und Beck-Cannstatt.

(S.C.B.) Leonberg, 10. Mai. Die Deutsch-Demokratische Partei stellte für den Wahlkreis Stuttgart-Ulm-Leonberg Johannes Fischer als Landtagskandidaten auf.

(S.C.B.) Oberndorf, 10. Mai. Eine Vertrauensmännerversammlung des Zentrums hat den Abg. Andre als Landtagsabgeordneten aufgestellt.

(S.C.B.) Göttingen, 8. Mai. Unser Landmann, der Kommunistenführer Dr. Paul Levi, Rechtsanwalt in Berlin, kommt nun auch in den Reichstag. Seine Partei, die zuerst gegen jeglichen Parlamentarismus war, hat sich zur Wahlbeteiligung entschlossen. Dr. Levi, der Sohn des ehemaligen Fabrikanten Levi hier, steht neben Clara Zetkin an zweiter Stelle der Wahlliste der Kommunisten Groß-Berlins.

(S.C.B.) Wangen, 10. Mai. Der Ausschuss der deutsch-demokratischen Vereine des Wahlbezirks Deutsch-Waldsee-Wangen hat als Hauptkandidaten für den Landtag den Landwirt und Mühlenbesitzer Franz Xaver Spieß in Englesmühle Gemeinde Gebratzhofen O.-M. Leutkirch aufgestellt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Mai 1920

Sitzung des Bezirksverbands Sulz-Amt Calw.

Am 7. Mai fand in Neuenbürg die konstituierende Sitzung des Verwaltungsausschusses des Bezirksverbands statt. Der Vorsitzende Oberamtmann Göss von Calw stellte zunächst die Namen der Mitglieder des Verwaltungsausschusses fest und begrüßte diese sodann unter Hinweis auf die Bedeutung der vom Bezirksverband zu lösenden Aufgaben. Sodann wurde zum geschäftlichen Teil übergegangen. Von den verhandelten Gegenständen erwähnen wir: Zwecks Beschaffung von Geldmitteln für den Bezirksverband werden die beiden leistungspflichtigen Amtskörperschaften Calw und Neuenbürg ersucht, je einen Voranschlag von 10 000 M. an die Verbandskasse abzuführen. — Sodann wird der Entwurf einer Satzung über die Zusammenfassung und die Regelung des Geschäftsganges der zu bildenden Jugend-Kommission beraten und nach längerer Verhandlung die Satzung festgestellt. Nach ihr soll die Jugend-Kommission einer Vorstehenden und außer den kraft Gesetzes berufenen drei Mitgliedern noch weitere 11 Mitglieder erhalten, darunter 3 Frauen. Hiernach besteht die Jugend-Kommission aus insgesamt 15 Mitgliedern. Im Anschluß hieran wurde sofort zu den Wahlen geschritten. Das Ergebnis war folgendes: Vorsitzender Oberamtmann Göss. Ordentliche Mitglieder kraft Amtes: der Bezirkschulinspektor, der Oberamtsarzt, sowie der Oberamtsrichter in Calw. Gewählte Mitglieder: Stadtschultheiß Göhner in Calw, Hauswarter Eugeler in Stammheim, Flächnermeister Essig in Calw, Schriftföher Bruno May in Calw, Stadtschultheiß Böhner in Wildbad, Goldarbeiter Beckl in Birkensfeld, Pfarrer Klös in Englesbrand, Landwirt Weis in Ottenhausen, Frau Stadtschultheiß Conz in Calw, Frau Seisenleder Mahler in Neuenbürg, Frau Oberlehrer Fuhs in Herrnsalb. — Weiter werden die Entschädigungen der Mitglieder des Verwaltungsausschusses, diejenigen der Jugend-Kommission, sowie diejenigen der später zu bildenden besonderen Ausschüsse durch Satzung geregelt. — Die im Bezirk Neuenbürg bereits befindliche Bezirksfürsorgerein, Fr. Ueber, wird in den Dienst des Jugendamts Calw übernommen. — Die Stelle des Geschäftsführers wird voraussichtlich von derjenigen des Berufsvereins getrennt werden. Wegen der Besetzung der Stellen soll zunächst ein öffentliches Ausschreiben erlassen werden.

Ersatzbauwesen und Lehmbauten.

Ein sehr zeitgemäßer Vortrag wurde am letzten Samstag Nachmittag im Georgenäum durch Architekt Daucher von der Beratungsstelle für das Baugewerbe gehalten. Der Vortragende sprach über den jetzigen Stand des durch die Baumaterialknappheit hervorgerufenen Ersatzbauwesens auf Grund einer Reise, die er im vergangenen Winter durch Deutschland zum Zwecke des Studiums dieser Ersatz- und Sparbauten gemacht hat. Besonders eingehend wurden die Lehm- und Spargelbauten geschildert und die Zuhörer erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß der Lehm- und Spargelbau in früheren Zeiten in verschiedenen Orten Deutschlands üblich war und heute noch mehrstädtige Lehm- und Spargelbauten in sehr guter Erhaltung aus diesen Zeiten, die ungefähr 100 Jahre zurückliegen, vorhanden sind und noch bewohnt werden. Mit den neuen Lehm- und Spargelbauten, die seit Eintritt der Baumaterialknappheit in Deutschland erstellt wurden, sind manchmal keine guten Erfahrungen gemacht worden. Dies liegt daran, weil die Technik des Lehm- und Spargelbaues unserer jetzigen Generation verloren ging und erst wieder erlernt werden mußte. An einigen Beispielen gab der Redner auf Grund von Erfahrungen solcher Stellen, die schon Lehm- und Spargelbauten haben, Kostenvergleichen zwischen Lehm- und Backsteinbauten bekannt, die sehr zu Gunsten der Lehm- und Spargelbauten ausfallen. Wenn wir auch hier im Schwarzwald zur Errichtung unserer Neubauten Holz zur Verfügung haben und dadurch nicht in der mißlichen Lage anderer Gemeinden sind, denen dieses Bau-

material den Lehm wissen, Knappheit Kenntnis gewerbe Kurse auf hören

Ma kommen artiger gramm große A zeig alle der gut durch eine E länger ebenso gewöhnlich gedemte sich besondere Begleit Gelegen artigen künstler

Reise No gestern schwebt diejenig den vor

Un abteilung mit der der Be ihm die angeleg Ministre Posten der Re verantw und bi im Be gestellt, keit der arbeitsk kritische zu der ist und vereins Berlin zielbewo führen

Freitag entormen beschloß randsver

Di regierung suchtsge

Bo Einwohn mitteln, der Hol nach de legen.

Tehter Befehl der S den Kenn sind, treten zu re herau ten us städti

Der gestellten einige S waren E nachricht gebracht konnte, des Tag mitgeteil nächst di die Ver und bean zu lassen

en Bezirke ist eine

gerpartei.

ürgerpartei folgende
Stuttgart, 2. Fabri-
meister Siller-
t.

Stagswahl

lin, Remmel-
elhardt-Cann-
burg, Fischer-
er-Schwenningen,
heim, Schwann-
anstalt, Braun-
gen, Sig-Stutt-

tsch-DEMOKRATISCHE

ronberg Johannes
trauensmännerver-
Landtagsabge-

mann, der Kom-

Berlin, kommt nun
st gegen jeglichen
gung entschlossen.
hier, steht neben
ommunisten Groß-

der deutsch-demo-

lber-Wangen hat
wirt und Mühle-
emeinde Gebrats-

en 11. Mai 1920

Ant Calw.

ierende Sitzung
heit. Der Vor-
sicht die Namen
ab begrüßte diese
Bezirksverband
lichen Teil über-
erwähnen wir;
berband werden
alw und Neuen-
ie Verbandsliste
Satzung über die
anges der zu bil-
rer Verhandlung
Kommission einer
drei Mitglie-
Frauen. Die
15 Mitgliedern.
geschritten. Das
nn G. S. Dr.
ektor, der Ober-
sichtige Mitglieder:
Gugeler in
hrifischer Bruno
ab, Goldarbeiter
rand, Landwirt
in Calw, Frau
hrer Fuhs in
der Mitglieder
Kommission, so-
Auschüsse durch
rechts befindliche
st des Jugend-
äftsleiters wird
getrennt werden.
öffentliches Aus-

ten.

Samstag Nach-
von der Vera-
tragende sprach
knappheit hervor-
reise, die er
zwecke des Stu-
Besonders ein-
rt und die Zu-
bau in früheren
war und heute
lung aus diesen
en sind und noch
seit Eintritt der
sind manchmal
ege daran, weil
eration verloren
nigen Beispielen
Stellen, die schon
zwischen Lehm-
der Lehmbauten
zur Errichtung
dadurch nicht in
en dieses Bau-

material mangelt, so sollten unsere Baubestimmten sich trotzdem mit den Lehmbauweisen bekann machen, denn man kann heute noch nicht wissen, wohin uns unsere immer mehr fortschreitende Baumaterial-Knappheit und Teuerung noch führen kann. Zur Verbreitung der Kenntnisse der Lehmbauweisen wird die Beratungsstelle für das Baugewerbe in verschiedenen Oberamtsstädten unseres Landes dreitägige Kurse abhalten. Es wäre sicher zweckmäßig, wenn auch unsere Behörden sich um die Abhaltung eines solchen Kurzes bemühen würden.

Konzert.

Man schreibt uns: Dem musikalischen Publikum steht am kommenden Montag Abend im Bad. Hof (s. Inserat) ein eigenartiger Kunstgenuss bevor, insofern, als das uns vorliegende Programm nicht nur eine reiche Vortragsfolge aufweist, sondern auch große Abwechslung bietet. Das sorgsam zusammengestellte Programm zeigt, wie neben klassischen Werken moderne Kunst gepflegt wird, uralte Volkswesen sich an neuere Lieder anreihen. In den Dienst der guten Sache (der Erlös ist zu Gunsten der an Weihnachten durch Hochwasser Geschädigten und darum der Besuch gewissermaßen eine Ehrenpflicht), stellten sich auch zwei Schülerinnen von Konzertsänger Haas, die Fräulein Gretel Schall und Maria Stanger, ebenso Frl. Guste Kölle, deren Kunst unlängst an dieser Stelle gewürdigt wurde. — So wird der Tisch sowohl für den Feinschmecker als auch für Besucher mit bescheidenen Ansprüchen reichlich gedeckt sein. — Alles in allem genommen ist es gewiß eine besondere Neuerung, die Gitarre und Laute in größerer Anzahl zur Begleitung der Violinen zu verwenden, ebenso wie es eine seltene Gelegenheit für die Anhängler und Freunde dieser schönen und eigenartigen Musik sein wird, am hiesigen Platz ein größeres Konzert im künstlerischen Rahmen zu hören.

Reise des württ. Staatspräsidenten nach Berlin.

Nach dem „Schwab. Merkur“ reiste Staatspräsident Blossgen am 11. Mai nach Berlin, um sich mit der Reichsregierung über schwebende politische Fragen zu besprechen. Zweifellos werden auch diejenigen Angelegenheiten Gegenstand der Erörterung sein, die bei den vorstehenden Verhandlungen in Spa im Vordergrund stehen.

Ehrenvolle Berufung.

Unterstaatssekretär Hylker, der bisherige Leiter der Verkehrsabteilung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Ministerialdirektors in der Zentralstelle des Reichsverkehrsministeriums betraut. Es soll ihm die Leitung der für die Bearbeitung der allgemeinen Personalangelegenheiten errichteten Personalabteilung übertragen werden. Ministerialdirektor Hylker wird noch im Laufe dieser Woche seinen Posten antreten. — Unterstaatssekretär Hylker war seit den Tagen der Revolution Leiter der württ. Verkehrsabteilung. Er hat diesen verantwortungsvollen Posten mit unermüdblicher Arbeitsfreudigkeit und viel Geschick versehen. Bei den ungeheuren Schwierigkeiten im Verkehrswesen in den letzten 1 1/2 Jahren hat er seinen Mann gestellt, und niemand wird ihm die Anerkennung für seine Tätigkeit verweigern können. Es ist ihm gelungen mit Unterstützung des arbeitsfreudigen Verkehrspersonals, die württ. Bahnen in diesen kritischen Zeiten so zu leiten, daß sie beim Uebergang an das Reich zu den besten zählen. Herr Hylker, der aus der Presse hervorgegangen ist und sich dann als Geschäftsführer des Süddeutschen Kanalvereins mit Verkehrsfragen vertraut gemacht hat, wird auch in Berlin beim Reichsverkehrsministerium als ein arbeitsfreudiger und zielbewußter Persönlichkeit mit schwäbischer Gründlichkeit sein Amt führen und Hervorragendes leisten.

Württ. Mittelstaatsbund.

In einer Versammlung des württ. Mittelstaatsbundes, die am Freitag in Stuttgart stattfand, wurde scharfe Stellung zu der enormen Erhöhung der Post- und Telefongebühren genommen und beschlossen, im Zusammengehen mit sämtlichen Innungen und Berufsverbänden in Kürze eine große allgemeine öffentliche Mittelstaatsversammlung einzuberufen.

Ein Trunksuchtsgefes.

Die evangelische Landeskirchenversammlung richtet an die Reichsregierung das Ersuchen um Schaffung eines einheitlichen Trunksuchtsgefes.

Verleumdung der Einwohnerwehr.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Der Haß gegen die Einwohnerwehr veranlaßt gewisse Kreise zu den unsauberen Kampfmitteln, auch zur Verbreitung verleumderischer Anschuldigungen in der Hoffnung, daß immer etwas hängen bleibe, bis es möglich ist, nach den erforderlichen Erhebungen die Verleumdungen zu widerlegen. So schrieb der „Sozialdemokrat“ am 25. März:

„Wie die Einwohnerwehr hauste, davon ein Beispiel aus den letzten Tagen. Die Herweg-Kompagnie hatte die Gewerbehalle besetzt, um sie vor Plünderungen zu schützen. Kein Mensch in der Stadtverwaltung, der die Gewerbehalle und die dort lagernden Lebensmittel gehören, hatte das verlangt oder vorher davon Kenntnis erhalten. Die Beamten und Arbeiter, die dort beschäftigt sind, wurden fortgeschickt und durften die Räume nicht mehr betreten. Die erste Lat der Soldateska war, für sich zu sorgen und zu requirieren, was sie brauchten. Nach ihrem Abzug stellte sich heraus, daß die Lebensmittel nicht zu-, sondern abgenommen hatten und daß auch noch einiges andere mitmarschiert ist, wofür nun städtische Beamte verantwortlich gemacht werden sollen.“

Demgegenüber vergleiche man den nunmehr in folgendem festgestellten wahren Sachverhalt: Im März sind in Stuttgart einige Scharen der Einwohnerwehr einberufen worden. Zwei Züge waren in der Gewerbehalle untergebracht. Da eine vorherige Nachrichtigung der Stellen, die mit den in der Gewerbehalle untergebrachten Lebensmittellagern zu tun hatten, nicht mehr erfolgen konnte, wurde beim Eintreffen der Abteilung dem Aufsichtspersonal des Lagers durch den Abteilungsleiter der Zweck der Unterbringung mitgeteilt. Dabei wünschte der Führer aus sachlichen Gründen zunächst die Einstellung des Betriebs, stand aber, nachdem er sich über die Verhältnisse unterrichtet hatte, von diesem Wunsche sofort ab und beauftragte seine Mannschaften ausdrücklich, die Mittelhalle frei zu lassen, um die Arbeiter im Lebensmittellager nicht zu stören, Tat-

fächlich ist auch die ganze Zeit über nicht ein einziger Arbeiter oder Beamter fortgeschickt oder in der Ausübung seines Dienstes behindert worden. Ebenjowenig wurde requiriert. Gebraucht wurden lediglich einige Kisten. Ueber deren Benützung und Wegnahme wurde mit den Beamten des Lebensmittellagers verhandelt und sie geschah dann im Benehmen mit diesen. Da die in der Gewerbehalle untergebrachten Leute am 16. März keine Verpflegung erhalten hatten und erst am 17. März morgens Kaffee ohne Brot erhalten konnten, wandte sich der Führer an den Beamten des Lebensmittellagers und erbat sich von diesem gegen Bezahlung eine Kiste Reis zu 240 Paketen, da Brot nicht vorhanden war. Bessere Lebensmittel wurden nicht gekauft und selbstverständlich auch nicht entnommen; sie sind daher auch nicht mitmarschiert, so wenig als „einiges andere mitmarschiert ist, wofür nun städtische Beamte verantwortlich gemacht werden sollen“. Bis heute sind auch weder von städtischen Beamten, noch von städtischen Behörden irgendwelche Mitteilungen dieser Art gemacht, noch Erfordernisse gestellt worden.

Volkshochschule Liebenzell.

Der 4. Kurs der ländlichen weiblichen Volkshochschule wurde am 4. Mai im neuen größeren Heim, das durch die Beihilfe des Vereins zur Förderung der Volksbildung gewonnen wurde, durch die Leiterin, Frl. Dora Weber vor einem Kreis von Freunden der Sache und vor den neuen Schülerinnen eröffnet mit einer herzlichen Ansprache, in der das Ziel dieser Schule deutlich hervortrat. Der Vorstand des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege, der diese Schule jetzt seit 2 Jahren unterhält, Stadtpfarrer Gastpar-Wangen, gab einen kurzen Rückblick auf die Schwierigkeit der Umfiedlung, die nun dank vieler Unterstützungen glücklich überwunden seien. Es habe sich nun doch noch eine fast vollständige Besetzung des Kurses ergeben. Den ausgeschiedenen Lehrkräften sprach er den Dank des Vereins aus und hieß die neugewonnenen willkommen. In der nachfolgenden geselligen Vereinigung mit den Schülerinnen und den Eltern wurden aus Briefen früherer Teilnehmerinnen Zeugnisse des guten Geistes unter ihnen und der großen Anhänglichkeit an die Schule mitgeteilt. Allein 3 Schwestern früherer Schülerinnen nahmen an diesem Kurs teil, ein Zeichen von der Wertschätzung, die die Schule genann, wo sie bekannt wurde. Besonders geben diese Briefe dem Gedanken Ausdruck, daß diese Schule noch ganz anders als bisher die Sache unseres Landvolkes selber werden müßte und daß mit allen Mitteln danach zu trachten sei, daß sie unserem Landvolk noch viel mehr bekannt werde.

Frostschaden an Obstbäumen.

Der in der Nacht vom 5. auf 6. Mai eingetretene Frost hat unsern in prachtvoller Blüte stehenden Obstbäumen außerordentlich großen Schaden verursacht. Keuferlich ist der Schaden nicht sofort zu erkennen, da die Blüten noch nicht abgefallen sind und auch scheinbar weiter sich entwickeln. Ein genaues Bild der Zerstörung erhält man nur, wenn der Fruchtnoten oder die schon angelegte Frucht durchgeschnitten wird. Ist der Fruchtnoten schwarz, so ist die Blüte und die Frucht unrettbar verloren, die Blüte ist der Nahrung und Entwicklung beraubt und fällt sicher in 8-14 Tagen ab. Nach unseren Beobachtungen hat der Frost nicht überall die gleiche Wirkung gehabt. In geschützten Lagen ist weniger Schaden zu verzeichnen, dagegen an freien Plätzen um so mehr. Wenn es in Wallerheiden Eis von 2-3 Millimeter Stärke gibt, dann ist es selbstverständlich, daß die Blüten Schaden genommen haben. Die Blüten können zwar 1, höchstens 2 Grad Kälte ertragen, aber eine stärkere Temperaturverminderung zeigt unausbleiblich nachteilige Folgen. Steinhobst, das noch nicht vollständig entwickelt war, scheint ganz verloren zu sein. Bei Birnen ist der Schaden ebenfalls sehr beträchtlich, dagegen scheinen Äpfel weniger gelitten zu haben, namentlich Spätformen, bei denen die Blüte noch nicht in voller Entfaltung war. Auf den Waldorten, in denen die Entwicklung ja später vor sich geht, wird der Schaden nicht so bedeutend sein wie im Gäu. Sedenfalls werden manche Baumbesitzer, die ihre Bäume an solchen Stellen haben, wo morgens in der Frühe die Sonne ihre Strahlen auf die von Reif überfetzten Bäume sandte, einen großen Schaden erlitten haben.

Die drei Gestrungen.

Die Tage vom 12. bis 15. Mai, die ihren Namen von den Wetterbelligen Pantraz, Serbaz und Bonifaz haben, sind gefährdet als die drei gestungen Herren, denn nicht selten bringen sie einen Wettersturz mit Frost und Reif. Sie haben schon in manchem Jahr die Blütenhoffnungen des Frühlings mit rauher Hand zerstört und die ganze Obsterte vernichtet. Auch der Sophientag, der auf die Wetterheiligen folgt, ist nach den alten Bauernregeln ein wetterheiliger Tag. Der Weingärtner sieht ganz besonders mit banger Furcht den kommenden Nächten entgegen, hat doch der Frost schon in voriger Woche da und dort nicht unbedeutenden Schaden an den Pflanzen, im Garten und Feld angerichtet.

Die Viehablieferung an den Feindbund.

Wie mitgeteilt wird, richtet zur Zeit der Viehandel sein Augenmerk besonders auf diejenigen Gegenden, in denen die Ablieferungen von Vieh an den Feindbund stattgefunden haben. In solchen Gegenden besteht naturgemäß ein Bedarf an Qualitätsvieh. Die Aushebungskommissionen haben, da sie nur bestes Vieh gebrauchen können, in die Zuchtherden eingegriffen, und die Besitzer sind selbstverständlich bemüht, Ersatz zu schaffen. Das weiß der Handel, und darum bietet er in solchen Bezirke jetzt mit Vorliebe an. Dabei pflegen nun Preise angelegt zu werden, die die Richtpreise für die Viehablieferung überschreiten, teilweise erheblich überschreiten. Die Landwirte, die sich so für schweres Geld Vieh kaufen, sind nun wohl der Ansicht, daß, nachdem bei ihnen die „Feindbundkommissionen gehaust“ haben, sie nun von dieser Seite nichts mehr zu befürchten haben. Diese Annahme ist leider irrtümlich. Bei den scharfen Ansprüchen an die Qualität und bei der rücksichtslosen Ausstoßung, die bei der Abnahme geübt wird, steht zu befürchten, daß zur Aufbringung der geforderten Menge erneut Musterungen stattfinden können. Auch bedeuten die im Friedensvertrag beauftragten Zahlen lediglich Abschlagslieferungen. Die Feinde können ja von uns alles fordern, was sie zum Wiederaufbau brauchen (§ 6 Anl. 4 des Friedensvertrags). Saathäfer und Saatgerste haben sie auf

Grund dieser Bestimmung schon gefordert. Wir hoffen aber, daß die Feinde sich mit den bisherigen Viehmengen begnügen werden und daß es der Regierung gelingt, weitergehende Ansprüche abzuwehren. Aber sicher ist kein Landwirt und keine Gegend vor dem unwillkommenen Besuch der Viehabnahme.

Bevölkerungsbewegung in Württemberg.

Das Jahr 1919 bringt in der Bevölkerungsbewegung außerordentliche Ueberraschungen. Die Zahl von 32 012 Eheschließungen ist unerhört. 1871 waren es 20 760 Paare, die höchste Zahl im ganzen 19. Jahrhundert. Jagst- und Donaufreis stehen an der Spitze, dann folgen Schwarzwalb- und Neckarreis. Die Geburten sind von 38 128 Geburten im Jahr 1918 auf 51 040 gestiegen. Stuttgart bleibt erheblich unter dem Durchschnitt für den Neckarreis. Die Zahl der Gestorbenen ist überraschend klein, so klein, wie es überhaupt nie vorgekommen ist. 1918 waren es 51 040 Gestorbene, 1919 nur 37 090. Der Ueberschuß an Lebenen beträgt für 1919 11 802 Personen, während in den Kriegsjahren 1914-1919 ein Abmangel von 27 625 Personen zu verzeichnen war.

Die teuerste Stadt in Württemberg.

Welches ist die teuerste Stadt in Württemberg? Seit Februar ds. Js. Stuttgart, wo der Unterschied gegen die billigste Gemeinde Geislingen 50 Proz. ausmacht. Im Januar hatte Friedrichshafen den zweifelsfasten Vorkzug, indem es gegen die damals billigste Stadt Ravensburg um 65 Proz. voraus war. Auch im Dezember war das glückliche Ravensburg die preiswerteste Stadt, dagegen Heidenheim mit 59 Prozent Vorsprung die teuerste.

(S. B.) Von der Enz, 8. Mai. Die Pforzheimer Industrie und Handwerkskreise haben für den langjährigen Oberbürgermeister Habermehl eine Ehrengabe von 140 000 M. gesammelt, die sie ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt überreichen. Bekanntlich ist Habermehl im Herbst zurückgetreten wegen Vorwürfen hinsichtlich Lebensmittelbezugs, die sich inzwischen aber als ganz haltlos erwiesen haben. — Eine Frau von Donaueschingen kam dieser Tage nach Pforzheim, um für 20 000 Mark Silbermünzen loszuschlagen. Sie wurde aber von drei Leuten nach Karlsruhe gelockt, wo ihr die Münzen abgeschwindelt wurden. Die drei Täter wurden aber bereits in Pforzheim verhaftet.

(S. B.) Altsenke, 9. Mai. Ein mit dem Abendzug hier angekommenes und auf dem Heimweg nach Göttingen begriffenes Mädchen wurde zwischen der Garweiler Brücke und der Neumühle überfallen, indem ein Mann ihr eine Wunde über die Augen zog. Als dieses Ueberfalls verdächtig ist ein verheirateter Mann aus einem Nachbarort an das Amtsgericht Nagold eingeliefert worden.

(S. B.) Leonberg, 9. Mai. Ein Bruder des früheren Löwenwirts, Gottfried Leibbrand, ist in Rehl von einem Lehrling ermordet worden. Laut „Leonb. Ztg.“ wird er seinem Wunsche entsprechend hier beerdigt.

(S. B.) Stuttgart, 10. Mai. Die 80 Jahre alte Schauspielerin Philippine Brandt ist gestorben. Sie war 32 Jahre am hiesigen Hoftheater tätig.

(S. B.) Stuttgart, 9. Mai. Der Württ. Kriegerbund eröffnet seine Kriegererholungsheime in Heiligkreuztal bei Nieslingen und in Herronals heuer am 20. Mai. Eine vierzehntägige Aufnahme finden in erster Linie württ. Kriegsteilnehmer und ehemalige Kriegsgefangene ohne Unterschied, ob sie dem Württ. Kriegerbund angehören oder nicht.

(S. B.) Waiblingen, 9. Mai. Die Frühkirschchen werden eine Volkernte ergeben, die späteren Sorten, besonders die Sträßkirschchen, sind weniger voll behangen, doch ist im Durchschnitt im ganzen Land eine gute Kirschenernte zu erwarten. Die Frühkirschchen sind in acht Tagen reif. Laut „Remstalboten“ wollen nun die Kirschbauern an die Regierung den Antrag stellen, die Beschränkungen über den Kirschenerverkehr aufzuheben, weil beim freien Verkehr viel weniger Kirschchen verderben, und der normale Handel die Kirschchen den Verbrauchern viel besser zuführt, als es durch die amtliche Regelung möglich ist. Die bayerischen Kirschhändler wollen ihre Verbindung mit dem Remstal wieder anknüpfen und als Gegenleistung Gelbbeerer nach Württemberg liefern.

(S. B.) Marbach, 8. Mai. In den sog. Friedrichsweibern in Hof und Lembach wurden die ersten, völlig reifen Erdbeeren gepflückt.

(S. B.) Freudenstadt, 9. Mai. Im Gemeinderat wurde über das Ergebnis der Besprechung beim Ernährungsministerium wegen der Zulassung des Fremdenverkehrs berichtet. Kurzstrecke werden nur gegen oberamtliche Erlaubnis aufgrund eines amtärztlichen Zeugnisses zugelassen. Die Hotels werden auf eine bestimmte Zahl von Uebernachtungen beschränkt. Also wie im vorigen Jahre. Liebenzell, Wildbad und Mergentheim sollen, wie dabei verlautele, von diesen Beschränkungen befreit sein.

(S. B.) Tübingen, 8. Mai. Mit Beginn des Sommersemesters hat sich hier ein Allgemeiner Studentinnenverband Tübingen gebildet. — Das klinische Semester beginnt erst am 10. Mai. — Vom deutschen Zentralauschuß für die Amerikahilfe ist der Unverzicht ein Wallen Kleider zur Verteilung an mittellose Studenten zugewandt.

(S. B.) Vom Bodensee, 9. Mai. Am Konstanzer Gondelhafen beim Stadgarten geht das von dem Konstanzer Schmalz in Berlin gestiftete und von Prof. Altker-Karlsruhe entworfene Zeppelin-Denkmal seiner Vollendung entgegen. In den letzten Wochen erfolgte der Aufbau der 8 1/2 Meter hohen Pyramide und am Samstag vormittag vollzog sich der Aufzug der 3,20 Meter hohen und 100 Zentner schweren Monumentalfigur des Fliegers auf sein Postament. Das Denkmal erzielt eine vorzügliche Wirkung, wird durch den in neuem Grün prangenden Stadgarten und die unmittelbare Lage am See herausgehoben und paßt gut in den Rahmen des Seebildes. Damit bekommt Konstanz ein würdiges Denkmal seines großen Sohnes. Der Tag der Einweihung steht noch nicht fest.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. V. S. D. R. d. K. Calw, Druck und Verlag der A. Olschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

1. Lebensmittelkarten-Ausgabe am Freitag, den 14. Mai 1920, vorm. 8^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr Buchstaben A bis F, 10-12 Uhr G bis L, nachm. 2-3 Uhr M bis R, 3^{1/2}-5 Uhr S bis Z.

Die Karten sind beim Empfang nachzuzählen und zur vorgeschriebenen Zeit abzuholen. Für angeblich zu wenig erhaltene Karten kann kein Ersatz geleistet werden. Es wird daher ersucht, möglichst keine kleinen Kinder zu schicken.

2. In der gleichen Reihenfolge wird auf Zimmer Nr. 8 die Unterstützung für Winderbemittelte auf 2 Monate ausbezahlt.

Bekanntmachung.

Reichs- und Landtagswahlen sind wahlberechtigt

alle deutsche Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts die am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet haben. Für die Wähler zum Landtag ist außerdem der Wohnsitz im Lande erforderlich.

- Das Wahlrecht ruht:
1. Für Personen, denen durch rechtskräftige Verurteilung die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind,
 2. für Personen, die entmündigt, unter vorläufige Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellt sind.

Behindert in der Ausführung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene, sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden, werden hiervon nicht berührt. Für die Soldaten ruht das Wahlrecht während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

II. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß auch am Himmelfahrtsfest, den 13. Mai d. J., vormittags 11 bis 12 Uhr, die Wählerliste zur Reichs- und Landtagswahl auf dem Stadtschultheißenamt zur Einsicht aufgelegt ist.

Calw, den 10. Mai 1920.

Eine Partie Riffen und Schmalzfässer

werden am Mittwoch, den 12. Mai 1920, nachmittags 5 Uhr, unter dem Rathaus meistbietend versteigert.

Calw, 11. Mai 1920.

Latrineneentleerung.

Wegen Mangel an Anmeldungen wird mit der Latrineneentleerung nächste Woche bis auf weiteres ausgesetzt. Bis einschließlich Mittwoch, den 12. d. M., können Auswärtige abholen, am Freitag, den 14. d. M., dagegen wird Latrine nur an hiesige Güterbesitzer abgegeben.

Nicht übersehen! Auf dem hiesigen am letzten Samstag Nachmittag einem Bauernmann Silbergeld umgewechselt, wobei dem Abfertigen ein Rechenfehler passiert ist. Der Empfänger des Geldes wird daher ersucht, in eigenem Interesse, nochmals beim Postamt vorzusprechen.

Stroh Hüte
für Herren und Knaben

Silz Hüte
schwarz und farbig

Schüler- und Sportmützen
jeder Art

empfehlen in reicher Auswahl

W. Schäberle
Hutmacher.

Schwemmsteine und Bimszementdielen
Lieferung ab rheinischer Station
Karl Pietschmann, Höchst am Main.

Deutsche Volkspartei (Nationalliberale Partei) Calw.

Herr Generalsekretär Dr. Hammes wird am Freitag, den 14. Mai, von abends 7^{1/2} Uhr an im Glasalon des „Badischen Hofes“ hier, sprechen über:

„Die politische Lage und die Deutsche Volkspartei“, wozu hiemit Frauen und Männer jeden Standes freundlich eingeladen werden.

Oberkollbach. Herzliche Einladung zum

Gemeinschaftsfest

am Donnerstag, den 13. Mai, (Himmelfahrtsfest), nachmittags 2 Uhr, im Garten des Herrn H. Schwämmle. Jedermann ist herzlich eingeladen.

Calw, den 10. Mai 1920.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, treu- besorgter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Georg Walter, Briefträger a. D.,

heute Abend 8 Uhr im Alter von 85 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung Donnerstag Nachmittag 5 Uhr.

Geschäfts-Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt sich im

Herstellen und Reparieren von Maschinen für Landwirtschaft und Gewerbe aller Art.

Besorgung von Neueinrichtungen, Reparaturen v. Gebrauchsgegenständen bei präziser Arbeit und billiger Berechnung.

Friedrich Huber, Maschinen- und Schmiederei, Unterreichenbach.

Lohn-Fuhren

übernimmt für die nächste Zeit die Liebentzeller Mission.

Habe gegenwärtig wieder ein größeres Lager in selbstgefertigten Herden, extra schwere Ausführung, mit Email- oder Kupferschiff, sowie

Waschkeffel mit verzinktem Aufsatzkeffel

zu mäßigen Preisen und lade zur Besichtigung höflich ein

Eugen Lebzelter, Calw
Bauschlösserei und Herdgeschäft
Telefon 178 Leberstraße 119 Telefon 178

Concordia Calw.
Mittwoch
Abend 7^{1/2} Uhr
Singstunde.
Der Vorstand.

Gefunden

wurde auf der Straße von Aigenbach bis Oberkollbach ein kleiner Gelbbetrag.

Abzuholen bei **Georg Stoll, Aigenbach.**

Suche auf 1. oder 15. Juni ein tüchtiges, ehrliches

Mädchen

für besseren, kleineren Haushalt, bei hohem Lohn nach Berlin.

Nähreres Kaffee u. Pension **Schönlén, Bad Liebenzell.**

Knecht

zu 2 Pferden und 2 Stück Vieh kann sofort eintreten bei

Karl Effig, Schafstaller.

Einen braunen, sehr gut erhaltenen

Anzug

mittl. Größe, hat billig zu verkaufen

Wilhelm Bullinger, Simmozheim.

1 guterhaltenes, doppeltes

Stehpult

wird zu kaufen gesucht. Angebote unter R. 100 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Ein oder zwei möblierte

Zimmer

in der Nähe der alten Handelsschule zu mieten gesucht.

Angebote unter E. 107 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zu verkaufen: 8-10 Zentner

Heu

Oskar Jiesle, Bäckermeister, Liebenzell.

Altburg. Einen 1/2 Jahr alten

Stier

hat zu verkaufen. **Michael Kugele.**

Wohltätigkeits-Konzert

zu Gunsten der an Weihnachten durchs Hochwasser Beschädigten im „Bad. Hof“ am Montag, den 17. Mai 1920, abends 7^{1/2} Uhr.

Mitwirkende: Fräulein Gretel Schall, Fräulein Maria Stanger, Fräulein Guste Kölle, sowie die Herren A. Kreuzberger und T. Stauff. Ein Violin-Quartett. Gitarre- und Lautenspieler. Am Flügel: Herr E. Kauffmann.

Eintrittskarten 2 Mk. Programm 50 Pfg. Vorverkauf in d. Buchhandlungen von Paul Olyp, Marktplatz und Ernst Kirchherr, Badstraße, sowie in den durch Programmaushang erkannten Läden.

„Calwer Liederkranz“.

Donnerstag (Himmelfahrt) **Frühspaziergang**

(Weltenschwann-Nötenbach Javelstein) wozu unsere verehrlichen Mitglieder mit Familie freundlich eingeladen werden.

Der Ausschuß.

Lacke, Oele u. Farben

Empfehle sämtliche trocken und streichfertig, in kleinen u. großen Quantitäten

Kein Ersatz.

Karl Kirchherr, Malermeister, Tel. 127 Bahnhofstraße 402 Tel. 127

Schwemmsteinen

Habe wieder großes Lager in la. rheinischen

Größen: 10/12/25, 12/14/25 u. 14/16/25 und gebe solche gegen Zuweisungsschein der Bezirksbaustoffstelle ab

Hugo Nau, Baumaterialien, Calw Fernsprecher Nr. 8.

Steine

hat abzugeben **Bäcker Luz, Badstraße.**

bleiben Sie bei der altbewährten Marke

Preisgauer Runkelmoskanfah in verbesserter Form mit Heidelbeer-Zusatz und achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke.

Ab 1. Juni werden Wopstuhnen bester und empfehlenswerter reicherer Versorgung, da eine Nachsteuer nicht erhoben wird.

Niederlagen durch Metalle erkennen. Wendenfalls verlangen Sie Prospekt direkt vom Hersteller

Eduard Palm, Freiburg i. B.